

Das neue Deutschland

Migration 800 000 Flüchtlinge könnten in diesem Jahr in die Republik kommen, und der Zustrom wird nicht abreißen. Die Menschen sind eine Belastung, aber auch eine Chance: Sie zwingen das Land, weltoffener zu werden, großzügiger – und ein bisschen chaotisch.



FOTO: HERMANN BREDEHORST / DER SPIEGEL



Asylbewerber an der zentralen Aufnahmestelle in Berlin-Moabit



Kanzlerin Merkel zu Besuch in Heidenau: Welches Deutschland wird sich durchsetzen?

Wut liegt in der Luft. Angela Merkel ist nach Heidenau gekommen, und die Bürger stehen Spalier, aber es ist kein freundlicher Empfang, den sie der Kanzlerin bereiten, es ist ein Spalier des Hasses. „Volksverräterin“, rufen einige, „Wir sind das Pack“ andere. Es ist der Stolz der Dummen. Als die Kanzlerin in dem ehemaligen Baumarkt verschwunden ist, in dem 400 Flüchtlinge Platz gefunden haben, diskutieren hinter der Absperrung die Bürger der sächsischen Kleinstadt über die Menschen, die in ihrem Ort eine vorübergehende Zuflucht gefunden haben.

„Haben Sie diese jungen Burschen gesehen? Voller Hormone und ohne sinnvolle Beschäftigung. Da kommen sie doch auf dumme Gedanken“, sagt ein gebräunter Rentner mit Fahrradhelm. Eine Frau nickt und sagt, sie lasse ihre Enkelin längst nicht mehr allein am Baumarkt vorbeilaufen.

Vor den Heidenauern steht ein Polizist mit südländischen Zügen, er trägt Schusswaffe und Schlagstock, aber sein Gesicht ist freundlich. Irgendwann wird er in das Gespräch hineingezogen. „Ich wurde 1980

in Deutschland geboren, aber meine Eltern sind Afghanen“, sagt der Mann. „Sie sind damals vor dem Krieg mit den Russen geflohen.“ Sein Deutsch ist makellos. Auf seinem Hemd prangt das Emblem der niedersächsischen Polizei. Die Sachsen hören zu. Sie staunen.

„Mein Vater war Lehrer in Afghanistan, meine Mutter arbeitete im technischen Bereich“, sagt der Polizist. „Aber natürlich konnten sie diese Berufe hier nicht mehr ausüben.“ Der junge Mann spricht ruhig, aber mit Nachdruck, er blickt den Leuten hinter der Absperrung direkt ins Gesicht. Seinen Namen mag er nicht sagen, aber nicht aus Angst, sondern weil er im Dienst keine politische Meinung äußern will. Der Mann mit den afghanischen Eltern hat die Prinzipien des deutschen Berufsbeamten-tums ganz verinnerlicht.

Die Heidenauer sind still, für einen kurzen Moment schweigt das Ressentiment. Das erste Mal an diesem Tag.

Deutschland kann in diesem Spätsommer 2015 eine verwirrende Erfahrung sein. Es gibt Migranten in Uniform, die die ostdeutsche Kanzlerin vor einem wütenden ostdeutschen Mob beschützen müssen.

Die Angriffe auf Flüchtlingsheime haben ein dramatisches Ausmaß erreicht. Allein bis zum 6. Juli wurden 199 Übergriffe ge-

zählt. Doch gleichzeitig sind die Deutschen hilfsbereit wie nie, sie gehen in die Flüchtlingsheime, verschenken Kleider und Spielsachen, sie kochen mit Syrern und Sudanesen, sie holen die Jungs zu ihren Kindern in die Fußballvereine.

Welches Deutschland wird sich durchsetzen? Das der Schreihälsa am Straßenrand? Das der Randalierer und bierdummpfen Steineschmeißer, „Dunkeldeutschland“, wie es Bundespräsident Joachim Gauck nennt? Oder das neue, lichte Deutschland, für das der junge Polizist mit den afghanischen Wurzeln steht? Wird Westeuropa die Flüchtlinge lieber in Lastwagen sterben lassen, als den Verzweifelten die Türen zu öffnen? Oder wird Deutschland sich daran erfreuen, helfen zu können und die Flüchtlinge teilhaben zu lassen an dem unglaublichen Glück, das der Republik in den vergangenen Jahrzehnten vergönnt war?

Wenn es um Migranten ging, hat sich Deutschland immer gern Illusionen hingegeben. Zuerst, in den Sechzigerjahren, hieß es, die Arbeiter aus Italien und der

FOTO: TOBIAS SCHWARTZ / AFP

1956:
Flüchtlinge aus
Ungarn nach der
Niederschlagung
des Aufstands

16 248

107 818

12. September
1980:
Militärputsch
in der Türkei

1953

1960

1970

1980

Türke seien nur zu Gast hier, als helfende Hände an den Fließbändern bei Bosch und Daimler. Dann, als sie blieben und ihre Kinder neben den deutschen in der Schule saßen, als an jeder Ecke schon ein Türke Gemüse verkaufte, weigerten sich große Teile der Politik immer noch, die Republik als das zu bezeichnen, was sie geworden war: ein Einwanderungsland.

Wird nun eine neue Lüge erzählt? Noch schwankt die Politik, sie ist verdrückt und mutig zugleich, man weiß nicht so recht, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln. Bundesinnenminister Thomas de Maizière tat lange so, als ließen sich die Flüchtlinge wegverwalten.

Doch es gibt Lichtblicke. Nach Tagen des Schweigens besucht die Kanzlerin das Flüchtlingsheim in Heidenau, vor dem der braune Pöbel getobt hatte. Vizekanzler Sigmar Gabriel zeigte für die Gröler kein Ver-

ständnis wie zuvor für die Pegida-Bewegung, sondern bezeichnete sie als das, was sie sind: „Pack“.

Doch wie lange wird der Konsens halten, das Bündnis der Anständigen? Das ist nur eine der vielen Fragen, die sich nun stellen. 800 000 Flüchtlinge könnten in diesem Jahr zu uns kommen, so hat es der Innenminister prognostiziert. Auch wenn man nicht genau weiß, wie sich die Dinge in den kommenden Jahren entwickeln, eines ist sicher: Es werden kaum weniger – weil in Syrien ein Bürgerkrieg tobt, weil nicht absehbar ist, wann der Terror im Irak aufhört, weil Eritrea ein Unrechtsstaat bleiben wird.

Sicher ist auch: Die Flüchtlinge werden unser Land verändern. Gerade hatten sich die Deutschen an den Gedanken gewöhnt, dass die Republik ein Einwanderungsland ist, da wird die nächste Illusion zerstört: dass es so etwas wie geregelte Zuwanderung gibt. Es sind nicht nur die besten Köpfe, die zu uns kommen, es sind Menschen, die vor den Fassbomben Assads fliehen und den Mörderbanden des IS. Sie rennen um ihr Leben, egal ob sie Ärzte sind oder Analphabeten.

Die gute Nachricht ist: Die meisten Deutschen stört das nicht, im Gegenteil, 60 Prozent sind der Meinung, dass das Land die vielen Flüchtlinge verkraften kann. Es entsteht eine neue Form der Bürgerlichkeit, die sich nicht speist aus schlechtem Gewissen oder der Last der Vergangenheit, sondern aus der Freude an der guten Tat. Aber wie lange wird das halten?

Bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 hat sich Deutschland als fröhliche Republik präsentiert, endlich mochte die Welt die Deutschen, aber es war eine leicht verdiente Sympathie. Ein schöner Sommer und Menschen, die ohne Eifer und Ingrimms ihre Fahnen schwenkten, reichten schon.

Nun liegen die Dinge anders. Die Flüchtlinge werden dem Land zur Last fallen, man muss das so klar sagen: Sie werden

Wohnungen belegen, die in manchen Städten jetzt schon knapp sind, sie werden Lehrer vor Herausforderungen stellen, weil Kinder in die Schulen kommen, die kein Deutsch können. Dies wird kein Sommermärchen.

Dieses neue Deutschland wird seinen Bürgern einiges abverlangen. Aber es bietet auch Chancen. Die Flüchtlinge, meistens junge Menschen, treffen auf ein überaltes Land. Im Moment spalten die vielen Verzweifelten die EU, aber sie bieten auch die Chance, der Gemeinschaft neuen Sinn einzuhauchen. Und Deutschland könnte den Beweis führen, dass es eine unverführbare Demokratie ist, auch in schwierigen Momenten.

Was muss dafür getan werden? Und wie könnte eine Republik aussehen, die zu einem Einwanderungsland geworden ist für Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen Flüchtlinge?

Glück

Günther Schulze hat zwei Handys. Das eine klingelt alle paar Minuten, auf dem anderen laufen ununterbrochen E-Mails ein. Eine Frau hat eine Matratze abzugeben, zwei Meter mal 90, sie müsste aber abgeholt werden. Eine andere organisiert Schultüten. „Wie viele brauchen Sie?“ Eine dritte informiert darüber, dass ein Verlag sein Onlinewörterbuch Arabisch jetzt kostenlos anbietet. Schulze sagt, er könnte den ganzen Tag damit verbringen, Antworten zu

2015:
Prognose des
Bundesinnen-
ministeriums
für Asylbewerber
und Flüchtlinge:
800 000

1992:
Bürgerkriege
im ehemaligen
Jugoslawien

438 191

400 000

26. Mai 1993:
Einschränkung
des Asylrechts

300 000

September 1991:
Ausschreitungen
gegen das Flüchtlings-
heim in Hoyerswerda

200 000

100 000

Januar
bis Juli 2015:
218 211

Asylanträge in Deutschland

Erst- und Folgeanträge

Quelle: BAMF

1990

2000

2010

2015



schreiben. Er will jedem antworten, aber langsam hat er Angst, dass vor lauter Dankesnoten die Zeit für die eigentliche Arbeit ausgeht.

Vor gut einem Jahr haben sie das Willkommensbündnis für Flüchtlinge im gutbürgerlichen Westberliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf gegründet. 300.000 Menschen leben hier und seit einiger Zeit auch Hunderte Flüchtlinge in fünf Unterkünften. Mehr als 1000 Menschen unterstützen die Initiative, 300 engagieren sich ehrenamtlich, sie begleiten die Neuankömmlinge zu Behörden, besorgen Kleider.

In Deutschland wächst eine Bürgerbewegung heran, wie es sie noch nie gegeben hat. „Anfang der Neunzigerjahre gab es eine Welle der Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge des Jugoslawienkrieges“, sagt Olaf Kleist, Politikwissenschaftler am Refugee Studies Center der Oxford University. „Doch längst nicht in diesem Ausmaß, längst nicht in dieser Breite.“

Es ist eine Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft. Nur dass sich das zivilgesellschaftliche Engagement nicht nach innen richtet, sondern nach außen, an die, die neu nach Deutschland kommen. „Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die deutsche Gesellschaft bereit ist, sich zu wandeln. Sie wird neugierig und offen für Neues“, sagt Kleist.

Gaby Engelmann etwa engagierte sich, weil sie die Proteste gegen ein Flüchtlingslager in Berlin-Hellersdorf unerträglich fand. Sie meldete sich beim Willkommensbündnis, arbeitete zunächst in der Kleiderausgabe, bis eine Helferin sie bat, einen Flüchtling auf die Behörde zu begleiten. „10 Uhr, Syrer“, notierte sie in ihrem Kalender, es war im Februar dieses Jahres. Heute sehen sie sich fast jeden Tag. „Mein Sohn nennt ihn schon Halbbruder“, sagt die 69-Jährige. Sie ging mit ihm auf Ämter und zur Krankenkasse, sie forderte seine Schufa-Auskunft an und rief bei der deutschen Botschaft in Beirut an, damit die Familie schnell nachkommen konnte.

Engelmann weiß, wie viel ihr Einsatz auch für sie selbst bedeutet: „Ich fühle plötzlich Glück, ich lerne andere Kulturen kennen, ich habe mein Englisch aufgefrischt, ich habe viele neue Freunde.“

Gerade in der älteren Generation, unter Rentnern wie Schulze und Engelmann, ist die Bereitschaft zu helfen groß. Sie haben Zeit, und viele suchen nach etwas, das den Jahren nach dem Arbeitsleben Sinn gibt. Sie nehmen Deutschland heute als Wohlstandinsel wahr und fühlen eine moralische Verpflichtung zu helfen.

Der gute Wille wird Deutschland dauerhaft verändern. Der Umgang mit den Flüchtlingen prägt die Helfer und damit

auch die Gesellschaft. Der Kontakt mit Menschen aus anderen Kulturen wird selbstverständlicher. Toleranz wächst. Es entsteht ein neuer Blick auf die Fremden, die zu uns kommen, ein Blick ohne Vorurteile, aber auch ohne Illusionen.

Freiwilliges Engagement kann allerdings den Staat nicht ersetzen. Günther Schulze, der Gründer des Willkommensbündnisses, fühlt sich da manchmal allein gelassen. Solange bürgerliche Initiativen Aufgaben des Staates übernehmen, müsse der ihnen wenigstens finanziell und personell unter die Arme greifen, fordert er. Manchmal würde es auch helfen, wenn die Bürokratie etwas weniger eifrig wäre. Auf eines können sich die Flüchtlinge verlassen, sobald sie in Deutschland die erste Bleibe gefunden haben: Der Brief über den Rundfunkbeitrag kommt sofort.

Verführung

Es ändert sich etwas, Alexander Gauland kann das spüren, wenn er in sein Stammlokal in Potsdam geht. Die Leute sprechen ihn dann an seinem Tisch an, manche wollen sich sogar zu ihm setzen. Sie sagen: „Gut, dass Sie das Thema Asylanten angehen.“ Es kommt sogar vor, dass ihm fremde Menschen auf seiner abendlichen Schwimmtour durch den Heiligen See zurufen: „Machen Sie weiter so!“

FOTO: ROBERT MICHAEL / IMAGO

Härte und Humanität

Koalition Wie SPD-Chef Gabriel mit einem Maßnahmenkatalog die Union ausstechen will

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel war auf Sommerreise, und so trieb er seine sozialdemokratischen Kollegen in dieser Woche mit dem Handy an. Die Genossinnen und Genossen Minister sollten letzten Schliff an eine Ideenliste anlegen, mit der man das Flüchtlingsproblem in den Griff bekommt.

Der SPD-Chef will mit dem 14-seitigen Papier klarmachen, dass die SPD schon seit Monaten das Thema beackert – länger als die CDU. Am 6. September treffen sich die drei Koalitionäre zum Gipfel, dann will er die Liste vorlegen.

Der Ton wird schon im Vorwort gesetzt. Die Vorschläge von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) seien „keine ausreichende Antwort“ auf die Flüchtlingszahlen. Die Sozialdemokraten listen weitere Vorschläge auf, um Asylverfahren und Abschiebungen zu beschleunigen. Geht es nach der SPD, sollen Asylanträge in Zukunft vorge-



Vizekanzler Gabriel im Flüchtlingsquartier in Heidenau: Der Bund soll aktiver werden

Steht der AfD eine goldene Zukunft bevor, Herr Gauland?

„Wir werden auf jeden Fall weiter gebraucht. Die Deutschen werden 1,5 Millionen Flüchtlinge nicht akzeptieren, die Stimmung wird kippen. Dann kann man nur hoffen, dass die Leute uns wählen und nicht die NPD.“ Gauland verkauft sich als Retter der politischen Ehrlichkeit. Die AfD spreche unbequeme Wahrheiten aus, dafür lasse er sich gern als Populist schelten.

In den nächsten Wochen will Gauland fordern, man sollte lieber deutsche Schüler zu Fachkräften ausbilden, ehe man „fremde bildungsferne Leute“ aufnimmt. Er will darauf pochen, dass Wachleute und Polizisten besser vor gewaltsamen Konflikten unter Asylbewerbern geschützt werden. Und Gauland würde „das Grundrecht auf Asyl aussetzen, wenn sich das Flüchtlingsproblem nicht anders eindämmen lässt“.

Gauland, 74, ist Bundesvize der AfD. Die begann als Anti-Euro-Partei, aber Gauland war einer der Ersten, der sie zur Anti-Ausländer-Partei formte. Natürlich würde er das nie so sagen. Gauland tritt stets als preußischer Gentleman auf, als gebildeter Herr in Tweed, der Fontane zitiert und Damen gern mit Handkuss begrüßt. Und doch holte Gauland mit einer Kampagne gegen ein Flüchtlingsheim bei der Landtagswahl in Brandenburg mehr



Flüchtlingshelfer Engelmann, Schulze: „Ich fühle plötzlich Glück“

als zwölf Prozent. Er besuchte islamfeindliche Pegida-Demonstrationen, sah dort nur „ganz normale Bürger“. Und als in Nauen jüngst ein geplantes Flüchtlingsheim in Flammen aufging, fand Gauland, daran seien die Politiker schuld, die die Sorgen der Bürger nicht ernst nähmen.

Wiederholt sich Geschichte? In den Neunzigerjahren konnten rechtsextreme Parteien aus der Angst vor der „Asylschwemme“ Profit schlagen. 1992 gelang

erst der rechtsnationalen DVU mit 6,3 Prozent der Einzug in den Landtag von Schleswig-Holstein. Im selben Jahr schafften die Republikaner in Baden-Württemberg 10,9 Prozent. Damals kamen rund 438 000 Asylbewerber ins Land, dieses Jahr werden fast doppelt so viele Menschen erwartet.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Deutschen sind weltoffener geworden, damit ist auch ihr Verständnis für das Elend in der Welt und die Motive der

prüft werden, um aussichtslose Bewerber „frühestmöglich“ vom Antrag abzuhalten.

Gabriel hat sich für eine Mischung aus Härte und Humanität entschieden. Das soll zum einen die Christdemokraten unter Druck setzen, gleichzeitig aber auch die soziale Seele der Genossen streicheln. Unter die Rubrik „Härte“ fällt die Idee, die Bundespolizei stärker einzusetzen, um Asylbewerber zu registrieren und abgelehnte Flüchtlinge schneller abzuschubsen. Es solle ein „Rückführungsmonitoring“ stattfinden, heißt es in der kühlen Bürokratisprache des Ministerpapiers.

Die Asylverfahren sollen deutlich beschleunigt werden, von derzeit durchschnittlich fast einem halben Jahr auf drei Monate. Dafür soll unter anderem eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Sie identifiziert bestimmte Flüchtlingsgruppen, die auf jeden Fall nicht abgeschoben werden, etwa alleinstehende Mütter mit Kindern aus Somalia oder Afghanistan.

Bei der Versorgung der Flüchtlinge nehmen die SPD-Minister eine andere Position ein als der CDU-Innenminister, der deutlich mehr Sach- statt Geldleistungen ausgeben lassen will. Dies

habe laut SPD mehr Verwaltungsaufwand zur Folge und sei höchstens in Erstaufnahmestellen sinnvoll.

Die sozialdemokratischen Minister fordern, dass der Bund in der Flüchtlingsfrage eine aktivere Rolle spielt. So soll er nicht nur Geld an die Länder überweisen, 50 000 Plätze für die Erstaufnahme von Flüchtlingen müsse der Bund selbst schaffen. Dessen Liegenschaften sollen auf Bundeskosten für die Unterbringung „ertüchtigt“ werden.

Das Papier beschäftigt sich auch mit dem Thema Integration. Die Mittel des Innenministeriums für Deutschkurse seien zu gering, sie müssten „aufgestockt“ werden, heißt es da. Spezielle Sprachschulkurse sollen auch für Flüchtlinge, die studieren wollen, geöffnet werden, 10 000 Plätze mehr seien nötig. Außerdem müssten zusätzliche 4000 Kitas personell so aufgerüstet werden, dass Flüchtlingskinder dort schnell Deutsch lernen könnten.

In der Eingabe von Arbeitsministerin Andrea Nahles findet sich die Forderung, dass Flüchtlinge mit Schutzstatus „möglichst schnell Arbeit finden und sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können“. Für die Integration

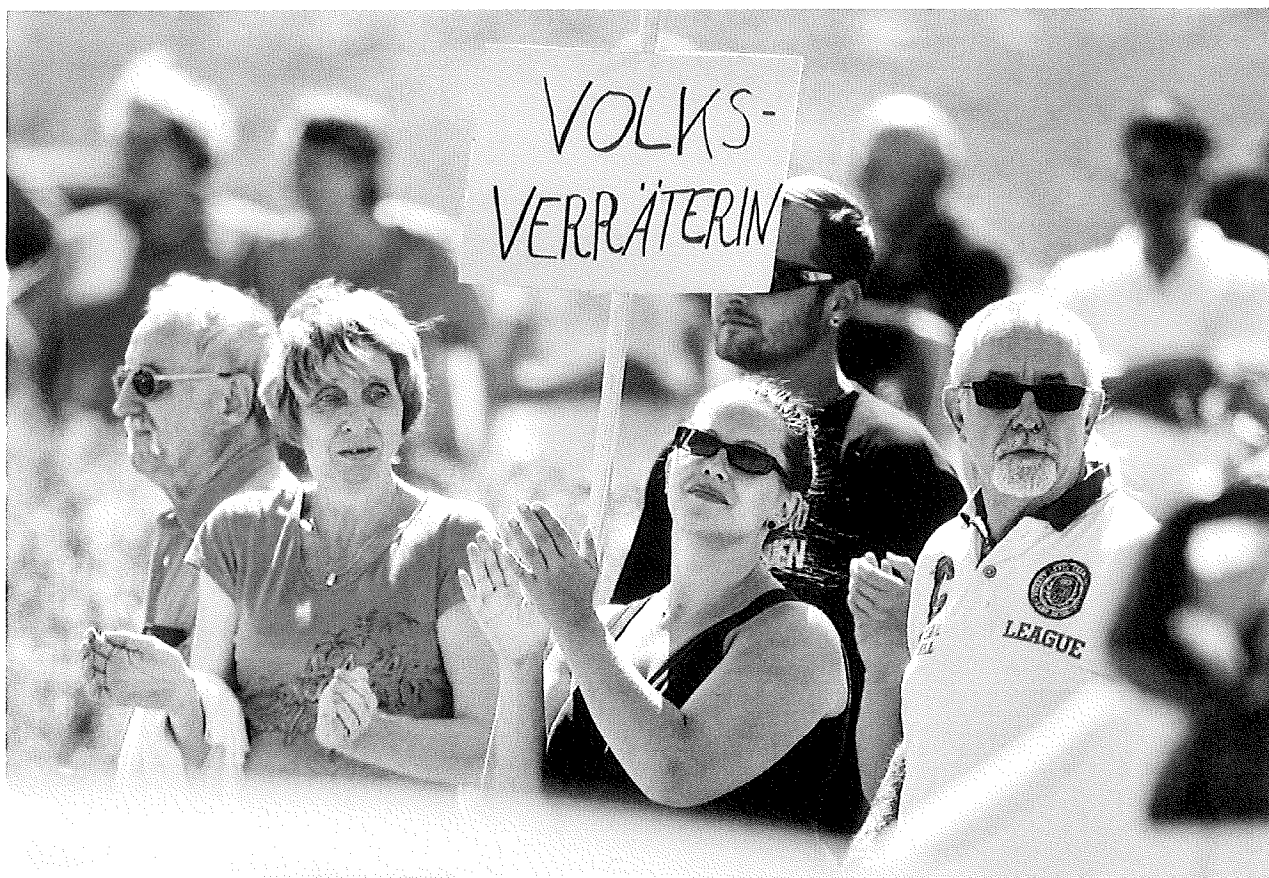
der Ausländer in den Arbeitsmarkt gebe es für den Bund „einen Mehrbedarf in Milliardenhöhe“. Wie hoch genau, werde „momentan berechnet“.

Nahles lässt prüfen, ob man das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete schon nach 15 Monaten auflockern kann. Flüchtlinge in der Berufsausbildung könnten statt für ein gleich für drei Jahre geduldet werden.

Bauministerin Barbara Hendricks rechnet damit, dass man 40 000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Sie schlägt deshalb vor, den Bundeszuschuss für den sozialen Wohnungsbau auf eine Milliarde Euro zu verdoppeln. Private Investoren sollen mit attraktiven Abschreibungsmöglichkeiten geködert werden, Sozialwohnungen zu bauen.

Die SPD-Minister drängen zudem darauf, ein Einwanderungsgesetz zu erlassen, mit dem sich die Union nach wie vor schwertut. Deutschland müsse „die Arbeitsmigration zielgerichtet steuern“, unter anderem über Kontingente für Zuwanderer vom Westbalkan. Um die Menschen von der Flucht abzuhalten, wolle man mehr Geld für Hilfsorganisationen wie den UNHCR bereitstellen.

Gerald Traufetter



Demonstranten bei Merkel-Besuch in Heidenau: Spalier der Wut

Flüchtlinge gewachsen. Außerdem gehen viele Frustrierte nicht zu Rechtsparteien, sondern einfach gar nicht mehr zur Wahl.

Dennoch dürfte die Flüchtlingskrise die politischen Entscheidungen vieler Bürger prägen. „Die Ängste waren in den Neunzigerjahren ähnlich wie heute“, sagt Matthias Jung, Chef der Forschungsgruppe Wahlen. „Nur war damals die wirtschaftliche Lage viel ungünstiger. Es gab nicht nur die irrationale Angst vor Überfremdung, sondern auch die durchaus rationale Angst vor Arbeitslosigkeit.“ Gerade viele Ostdeutsche rutschten nach der Wende aus ihren Jobs. Die Rechten verteilten damals Flugblätter: „Heute stehen sie an Deiner Maschine, morgen liegen sie bei Deiner Christine.“

Mehr als zwanzig Jahre später sieht die wirtschaftliche Lage besser aus. Jetzt gibt weniger die Angst vor Fremden den Ausschlag. „Viele Bürger zweifeln an der Handlungsfähigkeit der Politiker“, sagt Jung. Sie hätten den Eindruck, dass Minister, Behörden und Abgeordnete dem Flüchtlingsstrom hilflos gegenüberstehen.

Deshalb wird es auch darum gehen müssen, den Zuzug gerechter zu steuern. Das

ist kein Populismus, sondern ein Gebot der Vernunft. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres kamen gut 44 Prozent der Flüchtlinge aus Balkanstaaten. Ihre Fluchtgründe mögen legitim sein, aber in ihren Heimatländern herrscht weder Krieg noch ein totalitäres Regime.

Die Asylanträge dieser Menschen müssen schneller bearbeitet werden. Und sie müssen schneller das Land verlassen.

Gleichzeitig könnten die Asylverfahren für Syrer beschleunigt werden, die ohnehin in 87 Prozent aller Fälle bewilligt werden. Seit 2001 existiert eine EU-Richtlinie, die Bürgerkriegsflüchtlingen unbürokratisch Schutz bieten sollte. Bis heute scheint sie nur auf dem Papier zu existieren.

Misstrauen

Am Montag wird sich in den Dünen bei Calais ein interessantes Experiment besichtigen lassen. Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos werden die keimfreien Flure ihrer Brüsseler Büros verlassen, um in der nordfranzösischen Hafenstadt das Elend der Flüchtlinge in Augenschein zu nehmen. Die inoffiziellen Lager um Calais sind zum Sinnbild für das

Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik geworden.

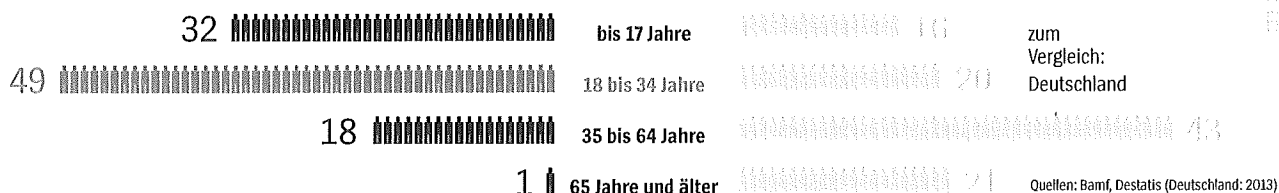
„Ist das Europa?“, fragt Ali und zeigt auf einen Verschlag aus Plastikplanen. Mit ein paar Zweigen und Papierabfall entfacht er zwischen drei Steinen ein kleines Feuer, um Reis zu kochen. Ali ist 29, stammt aus der sudanesischen Krisenregion Darfur und ist Ingenieur. Auf dem Weg nach Nordfrankreich hat er die Wüste nach Libyen durchquert und dann Schleppern mehrere Tausend Euro gezahlt, damit sie ihn über das Mittelmeer bringen.

Hier, am Ärmelkanal, ist er fast 5000 Kilometer von seiner Heimat entfernt und noch immer nicht am Ziel. Wie viele der mehr als 3000 Menschen im „Dschungel“ strebt er nach Großbritannien. „In London habe ich Freunde“, sagt er.

Jeden Abend macht sich Ali mit seinen Freunden auf, um eine Lücke im meterhohen Sicherheitszaun zu finden, der den Fährhafen von Calais und die Einfahrt zum Eurotunnel wie ein gigantisches Gefängnis umgibt. Jede Nacht versuchen Patrouillen der französischen Polizei mit Spürhunden, die Flüchtlinge von ihrem gefährlichen Weg abzuhalten. Tägliche Routine im Herzen Europas, eine Routine,

FOTO: JAN WOITAS / OPA

Altersstruktur der Asylersantragsteller in Deutschland 2014; Anteil der Altersgruppen in Prozent



bei der es regelmäßig Verwundete und Tote gibt.

Eigentlich dürften wilde Lager wie der „Dschungel“ gar nicht existieren. Schließlich gibt es in Europa, dem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen“ (Lissabon-Vertrag) gemeinsame Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen. Doch die europäischen Regeln sind brüchig geworden, seit Hunderttausende die Grenzen der EU überqueren.

Bislang antworten die Europäer auf die Krise mit organisierter Verantwortungslosigkeit. Italien und Griechenland lassen Asylsuchende weiterreisen, obwohl die Dublin-Verordnung bestimmt, dass Flüchtlinge dort Asyl beantragen müssen, wo sie die EU zum ersten Mal betreten. Deutsche und Franzosen kritisieren dies, schließlich hatte man es sich jahrelang in diesem System bequem gemacht.

Willkommen im Europa des Spätsommers 2015: Ungarn und Bulgarien bauen Grenzzäune, die Slowakei will lieber nur Christen und keine muslimischen Flüchtlinge aufnehmen. Österreichs Regierung kündigt an, keine neuen Asylanträge mehr zu bearbeiten. Großbritannien will hart gegen illegale Einwanderung vorgehen.

Kanzlerin Merkel fürchtet, die Flüchtlingskrise habe das Potenzial, die europäische Idee zu zerstören. Denn was sind schöne Ideale noch wert, wenn in Europa nur darüber diskutiert wird, wie man sich die Gestrandeten und Verzweifelte am besten vom Hals hält? Zuletzt hat Bundesinnenminister de Maizière eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung infrage gestellt: die Reisefreiheit im Schengenraum. Als ob solche Abschottungsversuche Flüchtlinge wie Ali stoppen würden.

Das Feuer in Alis Verschlussschloß lodert endlich, in einem alten gusseisernen Topf bringt er Wasser zum Kochen. Die Zeltplanen flattern, eine Kolonne schwarzer Wagen brennt über die Schlaglochpiste. Es sind Beamte, die den anstehenden Besuch von europäischer und französischer Politprominenz vorbereiten.

Oft heißt es, Europa wachse in der Krise. Danach sieht es derzeit nicht aus, im Gegenteil. Fast scheint es, als bräute die Not der Flüchtlinge das Schlimmste an Europa hervor: Fremdenfeindlichkeit, Abschottung und ein ewiges Zuständigkeitsgerangel. Aber der Spätsommer 2015 bietet auch die Möglichkeit zur Besinnung: Bei den Flüchtlingen kann Europa zeigen, dass es die Werte, die in seinen Verträgen stehen, auch wirklich ernst nimmt.

Das würde damit anfangen, dass sich die Mitgliedsländer endlich auf einen fairen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge einigen, damit nicht Länder wie Italien und Griechenland, aber auch Deutschland und Schweden den Großteil der Lasten tragen müssen. Doch dafür ist schon das gegenseitige Misstrauen der Regierungschefs zu groß. Notwendig wäre auch, das Asylrecht zu einer Sache Europas zu machen. Obwohl man sich schon lange auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem geeinigt hat, fallen die Regeln in jedem Land anders aus, weswegen Deutschland als Fluchtziel auch so beliebt ist.

Fernziel der Europäer muss es aber sein, die Fluchttursachen zu bekämpfen. Natürlich wird Europa es nicht schaffen, kurzfristig Syrien zu befrieden oder Eritrea in eine Demokratie zu verwandeln. Aber im Moment machen die EU-Mitglieder kaum einen Versuch, über die Grenzen des Kontinents zu blicken. Eigentlich hatten die Mitglieder schon vor zehn Jahren vereinbart, ihre Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzustocken. Bisher hat kaum ein Land dieses Ziel erreicht.

Stattdessen plant die EU, afrikanischen Herkunftsländern neue Anreize zu setzen, dass sie ihre von Europa abgelehnten Geflohenen zurücknehmen. Beim EU-Afrika-Gipfel auf Malta will die Kommission mehr als eine Milliarde Euro an zusätzlichem Geld für einen EU-Afrika-Treuhandfonds anbieten. Aber Geld soll es nur gegen Kooperation geben.

Hoffnung

Ist es weltfremd, das Beispiel von Bnana Darwish zu erzählen? Naiv?

Natürlich, nicht alle Kinder aus Flüchtlingsfamilien sind solch leuchtende Beispiele wie Bnana – gebildet, kultiviert, aufstiegsungrig.

Bnanas Vater arbeitete in Syrien als muslimischer Religionslehrer und Ausbilder, ihre Mutter als Übersetzerin für Englisch. Ende 2012 mussten die Darwishes vor dem Bürgerkrieg aus Damaskus nach Beirut fliehen, im Frühjahr 2014 kamen sie als Kontingentflüchtlinge über Friedland nach Baden-Württemberg.

Dort bewohnt Bnana, 25, mit ihrem Vater und vier Geschwistern ein Haus in



Syrerin Darwish: Gebildet, kultiviert, aufstiegsungrig



Aalen im Ostalbkreis, die Mutter blieb im Libanon. Bnanas jüngster Bruder besucht das Gymnasium, und sie ist ab Oktober mit einem Stipendium des Landes und des DAAD an der Universität Stuttgart eingeschrieben, für das Fach Architektur.

Deutschland, ein Integrationsmärchen? Das ist übertrieben, aber dennoch ist Bnana ein gutes Beispiel. Denn die Ursachen für die „Parallelgesellschaften“, die in Deutschland entstanden sind, lässt sich auf eine einfache Formel bringen: man-

gelnde Bildung. Die Zuwanderer, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren nach Deutschland kamen, waren Menschen mit geringer Schulbildung. Dieses Manko verband sich mit der Weigerung Deutschlands, die „Gastarbeiter“ zu qualifizieren. Man gab sich dem Trugschluss hin, sie würden schon wieder gehen, wenn sie nicht mehr gebraucht würden.

Deutschland hat nun eine doppelte Chance: Denn es kommen mitnichten nur ungebildete Menschen, gerade aus Län-

dern wie Syrien flüchtet auch die Mittel- und Oberschicht. Nach einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben immerhin 13 Prozent der Neuankömmlinge des Jahres 2013 ein Hochschulstudium absolviert, fast jeder Vierte verfügt über einen mittleren Bildungsabschluss.

Dennoch: Die größte Gruppe, 58 Prozent, hat keine Berufsausbildung. Will man die Fehler der Vergangenheit vermeiden, müssen diese Menschen schnell qualifiziert

Die neue Angela Merkel

Asyl Warum eine Mutter aus Ghana ihr Baby nach der Bundeskanzlerin benannte

Angela Merkel lacht ein breites, zahnloses Lachen. Ihre Augen, braun und kugelförmig, fixieren das Gegenüber, sie rudert mit den Armen, wackelt mit den Beinen, schüttelt den Kopf. Sie ist sieben Monate alt, überaus vergnügt und ahnungslos, welch ungewöhnlichen Namen sie von ihrer Mutter bekommen hat.

Ophelya Adé ist aus Ghana geflohen und in Hannover gelandet, im ehemaligen Oststadtklinikum, der ersten großen Notunterkunft in der Landeshauptstadt. Mehr als 700 Flüchtlinge aus 33 Nationen sind hier untergebracht.

Die 26-Jährige schiebt den Kinderwagen mit der kleinen Angela Merkel in den siebenstöckigen, von außen heruntergekommen wirkenden Bau, vorbei an einer Pinnwand mit Angeboten für Deutschkurse, Hebammensprechstunden und Flüchtlingschor. Sicherheitsleute grüßen die Bewohner freundschaftlich.

Hier wohnen Mutter und Kind seit einem guten halben Jahr. Schön sei es, sagt Ophelya Adé in etwas stockendem Englisch. Sie fühle sich wohl hier und habe Freundschaften geknüpft zu Menschen aus Ghana mit einem ähnlichen Schicksal. Und wie froh sie sei, dass die Tortur der Flucht hinter ihr liege.

Ophelya Adé erzählt, sie stamme aus Berekum Mpatase, einem kleinen Ort, etwa 400 Kilometer entfernt von Accra, der Hauptstadt Ghanas. Vor vier Jahren ist sie von dort geflohen, allein mit ihrer damals zweijährigen Tochter Josephine, weil sie sich ein besseres Leben wünschte. Ein Boot brachte sie übers Mittelmeer nach Italien. In dem Auffanglager dort sei es



Neubürgerin Adé
„Angela is happy here“

keine schöne Zeit gewesen, mehr mag Adé nicht erzählen. Im Januar kam sie hochschwanger nach Hannover.

Als sie erfuhr, dass sie eine Tochter erwartet, kam ihr eine Idee. „Ich war so dankbar, so erleichtert, dass Angela Merkel uns aufnimmt, so beeindruckt von dem, was diese Frau hier leistet“, sagt Ophelya Adé und schaut verlegen nach unten.

Sie habe den Namen dann wieder und wieder aufgeschrieben und laut ausgesprochen, sie mochte ihn immer

mehr. Als sie im Krankenhaus von ihren Plänen erzählte, hätten die Schwestern erst gestutzt, dann getuschelt und sie zum Schluss ermuntert. Der Beamte auf dem Bürgeramt in Hannover habe gelacht und gefragt, ob sie sich sicher sei. Ja, habe sie geantwortet. Der Name bedeutet für sie die Hoffnung, dass ihre Töchter es einmal besser haben werden als sie.

Ophelya Adés drei Schwestern und ihr Bruder leben in Berekum Mpatase, sie telefoniert oft mit ihnen. Sie kennen ihre Nichte Angela Merkel aus der Zeitung, so wie sie die Bundeskanzlerin aus der Zeitung kennen. Der Freund einer ihrer Schwestern entdeckte ein Bild von der kleinen Angela Merkel in einer afrikanischen Tageszeitung, den Ausschnitt haben sie aufgehängt.

Die Familie in Ghana ist stolz darauf, dass Angela Merkel Adé durch ihren Vater, über den die Mutter nicht sprechen möchte, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. „Es ist ein Anfang“, sagt Ophelya Adé. Man müsse sehen, wie es weitergehe. Aber sie sei voller Zuversicht, dass es von nun an besser werde. In Hannover habe sie bisher niemand angefeindet, die Menschen seien freundlich. „Angela is happy here“, sagt sie. Und ihre sechsjährige Schwester Josephine sei es auch. Die freue sich auf den Schulanfang nächste Woche.

Ophelya Adé hofft, dass ihre Töchter in Deutschland eine gute Ausbildung bekommen. Sie sagt: „Das ist das Wichtigste im Leben. Sie müssen ja nicht Bundeskanzlerin werden.“

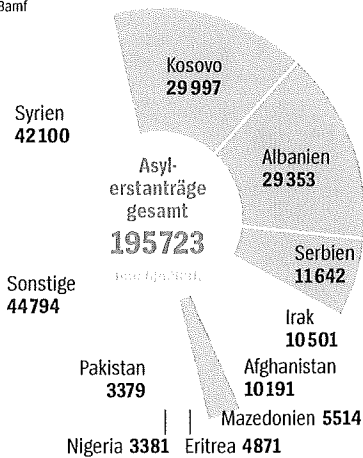
Julia Jüttner

Mail: julia_juettner@spiegel.de

Hauptherkunftsländer

Asylbewerber im Zeitraum
vom 1. Januar bis 31. Juli

■ Balkanstaaten: kaum Aussichten auf Anerkennung
Quelle: BAMF



werden. Das wird eine der größten Aufgaben der kommenden Jahre.

Schon jetzt klagen manche Politiker, die Schulen könnten keine neuen Flüchtlingskinder aufnehmen. „Die Kapazitäten sind ausgereizt“, schrieb etwa Andreas Bausewein, der Oberbürgermeister von Erfurt, diese Woche in einem offenen Brief an die Kanzlerin und den thüringischen Ministerpräsidenten.

Tatsächlich ist die Lage ernst. Das Statistische Landesamt in Baden-Württemberg hat gerade die Schülerprognose für die kommenden zehn Jahre kassiert. Statt eines Rückgangs erwarten die Statistiker nun deutlich mehr Schüler an den Grundschulen. Ähnliche Korrekturen stehen auch in anderen Bundesländern bevor, Hamburg wies für das angehende Schuljahr so viele Schüler wie zuletzt 1983 aus.

Dennoch wäre es falsch, die Flüchtlinge aus dem Bildungssystem auszuschließen. Wenn Deutschland nicht heute die Probleme von morgen provozieren will, dann müssen Flüchtlingskinder schnell einen Kita-Platz erhalten. Zwar haben sie ein Recht darauf, sobald sie ein Jahr alt sind. Aber in der Praxis versäumen die Kommunen oft, die Flüchtlingskinder in den Kitas unterzubringen.

Außerdem brauchen die deutschen Grund-, Berufs- und Sekundarschulen Tausende neue Lehrer, um sich um die Flüchtlinge kümmern zu können. Das wird in den nächsten Jahren mindestens einen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Es ist gut investiertes Geld, denn eines ist unbestritten: Der deutsche Arbeitsmarkt brummt.

„Es ist ein Irrglaube zu denken, Flüchtlinge könnten irgendwem den Arbeitsplatz

wegnehmen“, sagt Holger Bonin, Arbeitsmarktexperte beim Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung. Hotels und Gaststätten, Pflegeheime und Landwirte suchen Hilfskräfte.

Das Asylrecht legt Flüchtlingen aber immer noch Steine in den Weg. Damit sie schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können, müsste die „Vorrangprüfung“ abgeschafft werden. Eine Stelle dürfen Asylbewerber nur antreten, wenn sich für den Job kein Deutscher oder EU-Bürger findet. Es ist eine hoch bürokratische Diskriminierung, die niemandem nutzt. Denn in der Praxis wollen viele Deutsche die Jobs in der Gastronomie oder auf dem Spargelhof sowieso nicht.

Außerdem müsste jeder Auszubildende das Recht erhalten, mindestens drei Jahre nach seiner Abschlussprüfung in Deutschland zu bleiben. Denn aus der Sicht vieler Arbeitgeber lohnt es sich nicht, einen Flüchtling auszubilden, wenn der anschließend vielleicht wieder das Land verlassen muss.

Enttäuschung

Der Aufstieg zu überregionaler Bekanntheit begann für Oliver Junk am 19. November vergangenen Jahres. Da hielt der Bürgermeister von Goslar in der traditionsreichen Stadt am Fuße des Harzes eine Rede. Er kam zu einem überraschenden Fazit, zumindest für einen CDU-Mann: „Wir überleben nur durch Zuwanderung“, sagte er. „Migration tut gut!“

Junk erklärte, schrumpfende Städte wie Goslar könnten „von Flüchtlingen doch auch profitieren“. Sie wären als Arbeitskräfte nützlich, würden den Altersdurchschnitt der Bevölkerung senken, die Stadt kulturell bereichern. Goslar hat von 2002 bis 2012 gut 4000 Einwohner verloren, fast ein Zehntel der Bevölkerung. Derzeit braucht die Stadt eine Zuwanderung von mindestens 200 Menschen im Jahr, damit die Einwohnerzahl nicht weiter sinkt.

Die Idee, Deutschlands demografische Probleme mithilfe von Flüchtlingen zu lösen, scheint bestechend. Wenn Flüchtlinge gezielt in entvölkerten ländlichen Regionen angesiedelt würden, könnte das auch der Landflucht etwas entgegensetzen, „der ständigen Binnenwanderung von der Peripherie in die Zentren“, wie Reiner Klingholz sagt, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Doch Klingholz ist skeptisch. An die schöne Idee, verödete Regionen mit Flüchtlingen zu beleben, glaubt er nicht recht. Zwar sterben viele Dörfer in der ehemaligen DDR, dem einstigen Zonenrandgebiet und auch in Westdeutschland. Aber der Grund seien fehlende Arbeitsplätze. „Die Menschen gehen dorthin,



wo die Arbeit ist“, so Klingholz. Das gilt auch für Flüchtlinge.

Hinzu kommt, dass es in Großstädten wie Berlin oder Köln schon Netzwerke von Landsleuten gibt, die Hilfe und heimatische Vertrautheit bieten. In den Dörfern Mecklenburg-Vorpommerns etwa sind die Ressentiments besonders verbreitet. Nicht nur in Deutschland zieht es Migranten deshalb in große Städte: Auch in einem Einwanderungsland wie den USA finden sich die neuen Zuwanderer eher nicht in den ländlichen Regionen des Mittleren Westens.

Die Alterung der deutschen Gesellschaft können Zuwanderer höchstens abmildern. Die Geburtenziffer der Migrantinnen ist zwar höher, 2011 hatten sie 1,6 Kinder, deutsche Frauen bekamen 1,3 Kinder. Um den Alterungstrend wirklich umzudrehen, brauchte es aber viel mehr Zuwanderer. Zwei Millionen müssten im Jahr kommen, rechnet der Demograf Herwig Birg vor.

In Goslar ist ein Dreivierteljahr nach Junks Vorstoß noch immer nichts passiert. Der Landrat, ein Sozialdemokrat, blockiert die Pläne, weil die Stadt nicht in der Lage sei, mehr Flüchtlinge zu integrieren. Junk ist „ein bisschen frustriert“.

Ehrlichkeit

Esra Kücük war neun Jahre alt, als Rassisten in Rostock-Lichtenhagen und Mölln die Unterkünfte von Einwanderern in Brand setzten. 1992 war das. Kücük kannte die Attacken gegen Migranten vor allem aus den Erzählungen von Verwandten. Mit ihrem eigenen Leben hatten sie wenig zu tun. Bis zu diesem Sommer.

Kücük, 32, gründete und leitet die „Junge Islam Konferenz“ (JIK), eine Berliner NGO, die sich seit Jahren erfolgreich für

die Belange junger Muslime in Deutschland einsetzt. Die JIK hat Ableger in mehreren Bundesländern, ihre Mitglieder wurden zu Gesprächen ins Bundespräsidialamt und ins Außenministerium eingeladen.

Nun aber gibt es fast täglich Berichte über Angriffe gegen Flüchtlinge in Deutschland. Das Bundeskriminalamt verzeichnet für die ersten sechs Monate dieses Jahres 199 Angriffe auf Asylunterkünfte – fast dreimal mehr als im Vorjahreszeitraum. Kücük erhält Anrufe von Einwanderern, die um ihr Leben fürchten. „Wir fragen uns ernsthaft, ob die Neunzigerjahre wiederkehren“, sagt sie.

Doch davon ist Deutschland weit entfernt. Spitzenpolitiker haben, anders als damals bei Rostock-Lichtenhagen, die rassistischen Umtriebe der vergangenen Wochen und Monate entschiedener verurteilt. Und auch die Gesellschaft hat sich verändert. In Westdeutschland hat jeder dritte Grundschüler einen Migrationshintergrund. Die Deutschen haben sich gewöhnt an Minister, die Aydan, und Regisseure, die Fatih heißen. Selbst die Passionsspiele in Oberammergau wird künftig ein Muslim leiten, Abdullah Kenan Karaca, Sohn türkischer Einwanderer. „Migration ist Normalität in Deutschland“, sagt Kücük.

Kücük ist als Kind türkischer Gastarbeiter in Hamburg aufgewachsen. Am Gymnasium war sie eine der wenigen Schülerinnen mit Migrationshintergrund. Lehrer fragten sie, ob sie verheiratet worden sei. Nachbarn erkundigten sich, wann die Familie endlich in die Türkei zurückkehre.

Doch gleichzeitig ging es in ihrem Leben immer voran. Kücük machte Abitur mit Bestnote, studierte in Münster und Frankreich Politik, stieg zur Managerin einer großen deutschen Stiftung auf. Wie der

niedersächsische Polizist mit afghanischen Wurzeln verkörpert sie das neue Deutschland, eine, die es geschafft hat.

An einem verregneten Augustnachmittag sitzt Kücük in der Lobby eines Hamburger Hotels. Sie nimmt an einer internationalen Konferenz für junge Führungskräfte teil. Die Gäste aus Brasilien, Indien und den USA wollen von ihr wissen, was da los sei in Deutschland. Greifen die Nazis wieder nach der Macht? Kücük wischt über ihr iPhone. Die Nachrichten über rechts-extreme Ausschreitungen in Heidenau oder Freital ängstigten sie, sagt sie. „Ich habe noch nie einen solchen Hass erlebt.“

Noch nie so viel Hass, noch nie so viel Hilfsbereitschaft – auf diese Formel lässt sich das neue Deutschland bringen. Und dazwischen eine schweigende Mehrheit. „Die, die schon immer gemault haben, maulen jetzt lauter. Die, die schon immer eine positive Grundeinstellung hatten, werden jetzt aktiv und helfen“, sagt Joachim Eisenkolb, parteiloser Erster Bürgermeister von Elchingen im Donautal, das zu einer Art Vorzeigegemeinde für die Integration von Flüchtlingen geworden ist. Die große Mehrheit sei „wohlwollend neutral“, höchstens „nett berührt“.

Die große Aufgabe der Politik wird es sein, dafür zu sorgen, dass die wohlwollend neutrale Mehrheit nicht ins Lager der Mauler überläuft. Dafür braucht es vor allem zweierlei: Grenzen und Ehrlichkeit.

Die Politik muss Grenzen ziehen, damit Deutschland nicht überfordert, die Offenheit und Hilfsbereitschaft der Menschen nicht überstrapaziert wird. Und sie muss offen über die Kosten sprechen, die auf Deutschland zukommen. Integration gibt es nicht umsonst. Sie kostet Geld, und sie hat auch einen sozialen Preis.

Das Zusammenleben mit Hunderttausenden arabischen und afrikanischen Muslimen – neben den Millionen türkischen und türkischstämmigen – wird die Toleranz der Deutschen auf die Probe stellen. Deutschland wird wieder über Kopftücher im Staatsdienst, Mädchen im Schwimmunterricht, über die Höhe von Minaretten und die Lautstärke von Muezzins streiten. Das muss und kann die Gesellschaft aushalten.

Aber wenn die Politik sich aus Angst um Wählerstimmen vor unangenehmen Wahrheiten drückt, wird der Hass sich ausbreiten und das Vertrauen in die Politik schwinden. Im Grunde geht es um eine doppelte Integration: die der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, und die der Deutschen, die sich in ihrem Land nicht mehr zugehörig fühlen. Nur wenn es gelingt, die meisten von ihnen mitzunehmen, ist der Zusammenhalt im neuen Deutschland gesichert.

Noch ist Bürgermeister Eisenkolb optimistisch: „Deutschland hat das schon zweimal geschafft: nach dem Zweiten Welt-



Bürgermeister Eisenkolb (M.) Helfer, Flüchtlinge in Elchingen: „Das wer’n wir doch schaffen“

FOTO: LARS SCHWEDTGER / DER SPIEGEL



Flüchtlinge an der ungarisch-serbischen Grenze: Kein Platz für die Gestrandeten und Verzweifelten

krieg, als die vielen Flüchtlinge kamen, dann die Welle der Gastarbeiter. Ja heiderbimm, das wer'n wir doch wohl noch mal schaffen.“ Aber er beklagt auch, dass eine politische Perspektive fehle, wie mit den Flüchtlingen umgegangen werden soll. Der Überbau fehle. „Ich habe nicht die Macht, die Meinung zu steuern“, sagt er.

Bisher haben sich die allermeisten Deutschen immun gegen den Rechtspopulismus gezeigt. Alexander Gauland und seine AfD kämpfen mit der Fünfprozenthürde, ein Einzug der Partei in den Bundestag in zwei Jahren ist alles andere als sicher. Doch selbst wenn. So gut wie überall in Europa sind rechtspopulistische Parteien Teil des politischen Spektrums, das wird man nicht begrüßen, aber wenn es auch in Deutschland dazu käme, bedeutete das keine Gefahr für die Demokratie. Deutschland könnte das aushalten.

Ein Scheitern der Integration kann sich Deutschland dagegen nicht leisten. Auch das muss die Politik offen ansprechen. Es kann sein, dass die Asylbewerber aus Syrien und Eritrea in ein paar Jahren in ihre

Heimatländer zurückkehren, sollten dort Frieden und Stabilität einkehren. Es ist aber genauso gut möglich, dass viele von ihnen über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland bleiben. Die Regierung muss ihre Integration deshalb fördern. Erfolgreiche Integrationspolitik ist das effektivste Mittel gegen Rassismus. Gescheiterte Integration ist dagegen nicht nur Nährboden für Fremdenhass, sie kann auch zum Sicherheitsproblem werden. Deutschland ist bisher vom islamistischen Terrorismus weitgehend verschont worden. Aber das muss nicht so bleiben.

Viel wäre schon geholfen, wenn die Hilfsbereiten nicht auch noch gegen die Tücken der deutschen Bürokratie kämpfen müssten. Alle Helfer erzählen Geschichten, wie Lösungen verhindert und Unterstützung unmöglich gemacht wird, weil irgendeine Vorschrift im Wege steht. Im rheinland-pfälzischen Jugendheim etwa sollten Flüchtlinge für ihre Krankenkassenkarte Geburtsurkunden aus dem zerbombten Aleppo in Syrien herbeischaffen. „Rufen Sie doch

einfach in Aleppo an ...“, empfahl der freundliche Kassenangestellte.

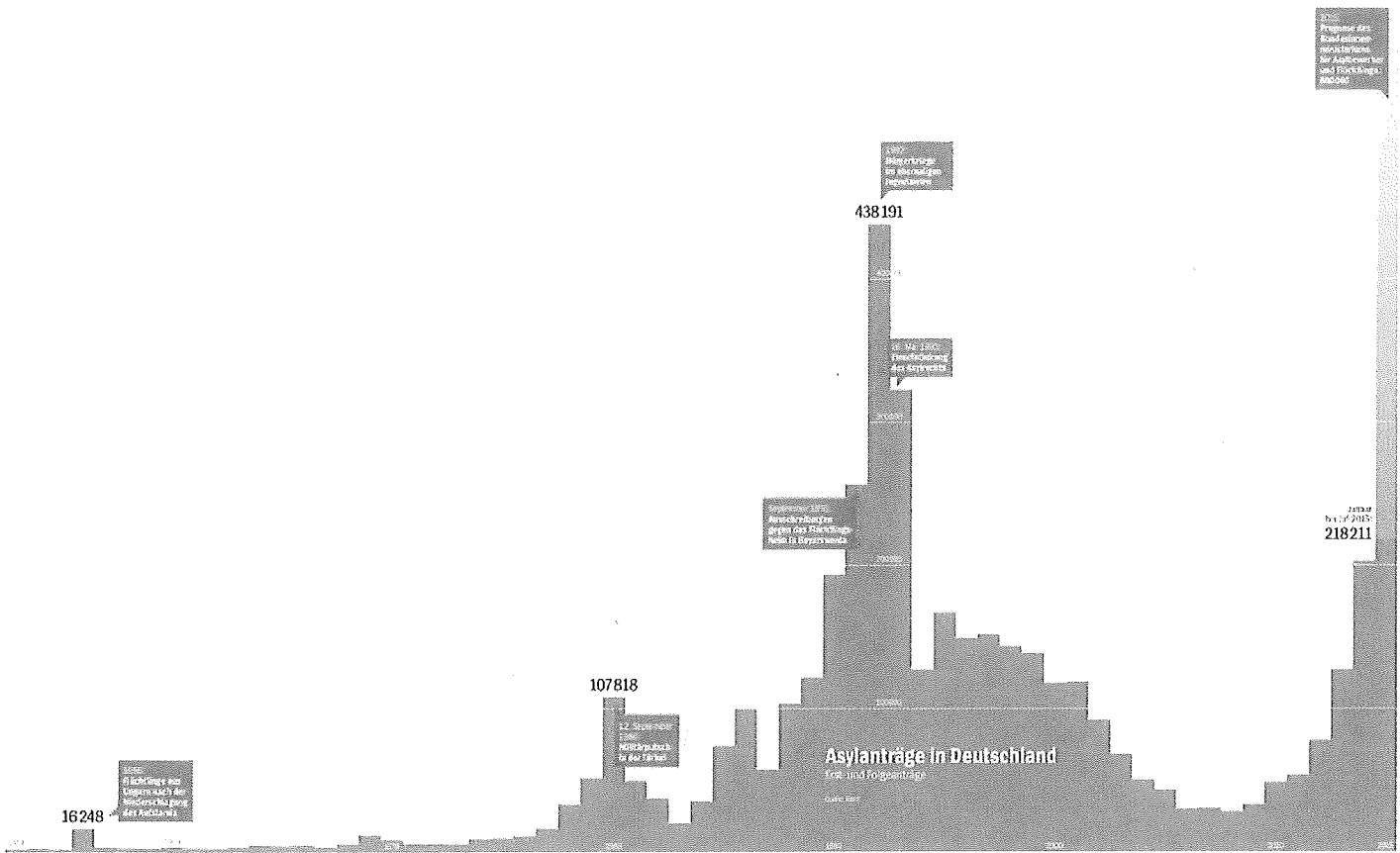
„Für alles braucht es einen Antrag“, stöhnt eine Helferin. Für das Mittagessen in der Ganztagschule, die Kosten für die Schulfreizeit, für das Unterrichtsmaterial. Selbst für jeden Arztbesuch ist der erste Schritt ein ausgefülltes Formular. Es muss eben alles seine deutsche Ordnung haben. Auch das wird sich im neuen Deutschland ändern. Die Ankunft der Flüchtlinge wird pragmatische, unkonventionelle, schnelle Lösungen unausweichlich machen. Anders wird es einfach nicht gehen. Deutschland wird, so darf man hoffen, auch ein Stück chaotischer werden.

Melanie Amann, Jan Friedmann, Christiane Hoffmann, Horand Knaup, Martin Knobbe, Peter Müller, Conny Neumann, René Pfister, Maximilian Popp, Cornelia Schmergal, Christoph Schult, Michael Sontheimer

Animation: Fünf Argumente gegen Flüchtlingshass

spiegel.de/sp362015argumente
oder in der App DER SPIEGEL





Altersstruktur der Asylersantragsteller in Deutschland 2014; Anteil der Altersgruppen in Prozent



Hauptherkunftsländer

Asylbewerber im Zeitraum
vom 1. Januar bis 31. Juli

■ Balkanstaaten: kaum Aussichten auf Anerkennung

Quelle: Bamf

